

Klimaschutz durch Abrüstung

Ute Finckh-Krämer

Die neun Atommächte modernisieren ihre Arsenale oder bauen sie aus, allen voran die USA, die in den nächsten drei Jahrzehnten mindestens 1,2 Billionen US-Dollar für die Modernisierung ihrer Atomwaffen samt Trägersystemen ausgeben wollen. Damit sind nicht nur fatale sicherheitspolitische Folgen verbunden; für das neue nukleare Wettrüsten werden über die Atomwaffenstaaten hinaus Ressourcen verschwendet, die an anderer Stelle dringend benötigt würden. Das gilt zum Beispiel für die „nukleare Teilhabe“ innerhalb der NATO, in deren Rahmen in fünf NATO-Staaten B61-Atombomben der USA stationiert sind, die in den nächsten Jahren durch ein Nachfolgemodell ersetzt werden sollen. Dadurch müssen die Niederlande und Belgien hohe Summen für neue Militärjets ausgeben, da ihre bisherigen nuklearfähigen Militärflugzeuge für die neuen B61-Modelle nicht verwendbar sind. Insbesondere das hoch verschuldete Belgien kann sich neue, teure Militärflugzeuge nicht leisten. Es müsste Geld dafür umwidmen, das im sozialen Bereich oder für den Klimaschutz dringend benötigt wird. Auch das Bundesverteidigungsministerium plant die Anschaffung neuer, teurer Trägerflugzeuge für die US-Atombombe B61-12.

Frankreich und Großbritannien haben weniger Einwohner und ein geringeres Bruttosozialprodukt als Deutschland, trotzdem geben sie wegen ihrer Atomwaffenprogramme mehr Geld für ihr Militär aus. In Indien und Pakistan leben große Teile der Bevölkerung in bitterer Armut, trotzdem rüsten beide Staaten atomar auf, größtenteils gegeneinander. Russland und die USA, die über die mit Abstand größten nuklearen Arsenale verfügen, haben mit schwersten Umweltfolgen ihrer Atomwaffenprogramme zu kämpfen, die viele Menschen Gesundheit und Leben gekostet haben und noch kosten. Trotzdem rüsten sie weiter auf. Dazu kommt die Tatsache, dass das Militär weltweit, mit oder ohne Atomwaffen, erhebliche Mengen an Kohlenstoffdioxid ausstößt und damit zum Klimawandel beiträgt.

Aktuell gibt es in vielen Ländern eine breite, aktive Klimabewegung, die entscheidend von Schülern und Studenten getragen wird, aber – trotz des Friedensnobelpreises für die Anti-Atomwaffen-Bewegung ICAN im Jahr 2017 – nur vergleichsweise wenige junge Menschen, die sich gegen den Wahnsinn des erneuten nuklearen Wettrüstens stemmen. Dabei

hat das renommierte *Bulletin of the Atomic Scientists*, das die Weltuntergangsuhr gerade auf 100 Sekunden vor Mitternacht vorgestellt hat, schon 2007 den Klimawandel als zweites großes Risiko für den Fortbestand der Menschheit identifiziert. Klimaaktivisten finden im Bulletin wichtige Informationen zum Klimawandel direkt neben Informationen zu den Risiken und Kosten des nuklearen Wettrüstens.

Beide Themen zusammenzuführen bringt uns in der wichtigen Frage weiter, woher die Milliarden kommen sollen, die für das Umsteuern in Richtung einer klimaneutralen Wirtschafts- und Lebensweise nötig sind. An dieser Debatte sollten wir uns aktiv beteiligen. Das kann auch ganz praktisch umgesetzt werden: Wer einen Dokortitel oder wissenschaftliche Veröffentlichungen nachweist, kann sich jederzeit als Scientist for Future registrieren lassen. Machen wir deutlich, dass es nicht reicht, das nukleare Wettrüsten ein bisschen zu verlangsamen. Unterstützen wir stattdessen den Atomwaffenverbotsvertrag, wie es unser Nachbarland Österreich schon längst praktiziert. Klimaschutz darf nicht zu neuen sozialen Ungerechtigkeiten führen. Daher muss ein entscheidender Teil der dafür benötigten Mittel aus den überdimensionierten Rüstungsetats kommen – auch und gerade aus den Etats für Nuklearwaffen und ihrer Stationierung.

Auf der großen Klimademonstration am 20. September 2019 in Berlin waren auch Plakate zu sehen, die einen friedenspolitischen Bezug hatten. Dieses Bewusstsein für den engen Zusammenhang zwischen Abrüstung, Frieden und dem Schutz unserer Lebensgrundlagen gilt es zu stärken. Unsere Kinder und Enkel demonstrieren mit Fridays for Future. Unterstützen wir sie mit der Forderung „Klimaschutz durch Abrüstung“. Damit die Weltuntergangsuhr 2021 wieder ein ordentliches Stück zurückgestellt werden kann. 🌍

Dr. rer. nat. Ute Finckh-Krämer

geb. 1956, Mathematikerin, 2013–2017 Mitglied des Bundestages (SPD), Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe sowie stellvertretende Vorsitzende im Unterausschuss für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

finckh@zedat.fu-berlin.de

